
Buchbesprechung

Franz Walter/Tobias Dürr, Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Alexander Fest Verlag, Berlin 2000, 276 S., 34 DM.

Vor uns liegt eine Streitschrift gegen einen Journalismus, der die großen Projekte beschwört, sich primär für die Ergebnisse der Politik interessiert und sich wenig Gedanken über die Bedingungen der Parteipolitik macht. Mitunter trage diese Perspektive zur Banalisierung des Politischen bei, indem die Parteien als voraussetzungslose Veranstaltungen erscheinen, die gleich Firmen vor allem einem Gradmesser ausgesetzt werden: der Output-Effizienz. So schreiben die Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter und Tobias Dürr gegen die „launige Ungeduld der teleplebiszitären Publikumsgesellschaft“. Sie wollen damit keinem neuen Traditionalismus das Wort reden, sondern die Dialektik zwischen Tradition und Moderne für die Parteien wieder diskussionsfähig machen. Ihre zentrale Hypothese lautet: „Modernisierung ist immer auf Tradition angewiesen, andernfalls werden die Modernisierer selbst die ersten Opfer ihres Tuns.“. Dahinter steckt die Grundannahme, dass die Parteien nicht nur Opfer der Globalisierung sind; vielmehr seien sie auch in der Lage, diesen Prozess zu beeinflussen und zu gestalten.

Das voraussetzungsvolle deutsche Parteiensystem zeichnet sich im internationalen Vergleich durch große Stabilität aus. Daran wird auch die illegale Geldbeschaffungspolitik der CDU und die sichtbar gewordene öffentliche Empörung nichts ändern. Für die außerordentliche Stabilität des deutschen Parteiensystems stehen vor allem: relativ starke wenn auch kleiner werdende Stammwählerschaften, viele passive und ein verlässlicher Kern aktiver Mitglieder, Offenheit für die Integration neuer

Themen, Interessen und Parteien sowie eine hohe Wahlbeteiligung. Gleichwohl besteht ein ausgeprägtes, öffentlich reflektiertes Unbehagen am Zustand und der Rolle der Parteien. Für Walter und Dürr ist es vor allem bedenklich, dass die Parteien keine überzeugenden Strategien vorzuweisen haben, um ihre eigenen lebensweltlichen Voraussetzungen zu erneuern, von denen sie bisher vergleichsweise gut gezehrt haben. Insofern setzt ihre Kritik weniger bei den Inhalten und Zielen der Parteipolitik an, als vielmehr bei den Wegen und Instrumenten, mit denen Parteien Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen zu geben versuchen. Es geht ihnen darum, wie die Voraussetzungen, auf denen die Parteien beruhen, erneuert werden können. Damit eine kurzatmige Telepolitik nicht zur organisationspolitischen Selbstzerstörung werde, müssten die Parteimanager praktische und ideenpolitische Integrationsarbeit leisten, um für die divergierenden Interessen, Lebenslagen und Werthaltungen bei ihrer immer bunter werdenden Wählerschar attraktiv zu bleiben. Die Parteilite dürfe dabei die innerparteilichen Gremien und Ortsvereine nicht ignorieren, um ihre politischen Entscheidungen primär an Umfragen zu orientieren. Denn eine Vererdung des Parteilebens könne nicht durch eine abschottende Telepolitik erreicht werden, sondern indem sich die Parteilite wieder ins vitale Leben der Gegensätze stürze, um das Management der Vielfalt voranzubringen. Auch wenn die Autoren keine Angaben über das Wie machen, streuen sie einige Prinzipien für den Leser aus: Die Entweder-oder-Formel sei keine Erfolgsop-

tion in einer fragmentierten Gesellschaft; ein steriles Sowohl-als-auch jedoch genau so wenig. So wie sich die Parteien nicht zwischen Gewinnern und Verlieren entscheiden könnten, wenn sie an der Regierung beteiligt werden wollen, dürften sie auch keine Entscheidung zwischen den Jungen und den Alten anstreben. Verlangt sei der leidenschaftliche Diskurs zwischen den Gegensätzen und die Revitalisierung vorhandener Normen, Werte und Projekte. All dies müsse auf ein Ziel gerichtet sein: die Augenhöhe mit dem Zeithorizont der Zeitgenossen. Darunter verstehen sie nicht einfach eine Politik, die dem Volk opportunistisch aufs Maul schaut. Also kein neuer Populismus auf gehobenem Teleniveau, sondern eine eingebettete Politik, die auch durch die Brille ihrer eigenen Traditionen und Stammwähler zu blicken vermag.

Dürr/Walter geht es um die Bodenhaftung der Parteien. Sie präsentieren die wichtigsten Etappen und Knotenpunkte der Parteigeschichten und interessieren sich für den identifizierbaren Zusammenhalt der deutschen Parteien. Sie fragen danach, ob es ihnen gelingt ein neues Dach für die vielen Interessen und Lebenslagen, für die Wechsel- und Stammwähler zu schaffen. Dies sei die Voraussetzung, um die neuen Bedingungen erfolgreich zu gestalten. Eine ungewöhnliche Perspektive, wenn man die Debatten der vergangenen Jahre Revue passieren lässt, in denen die Parteien meist danach beurteilt wurden, inwieweit sie in der Lage sind, ihre Traditionen abzubauen, sich für neue Mitgliedergruppen zu öffnen, sich neue Technologien und Medien anzueignen, um so den sozialstrukturellen Wandel personell und programmatisch einzufangen. Danach scheinen Telekompetenz, öffentlichkeitswirksame Events, gute Webseiten, Schnuppermitgliedschaften, Medienpräsenz sowie Konzepte, die einen Beitrag zur Beschleunigung des sozialen und wirtschaftlichen Wandels leisten, als angemessene Gradmesser um das Modernitätsniveau einer Partei zu bewerten. Dagegen werden innerparteiliche Vielstimmigkeit und Langsamkeit ebenso kritisiert wie eine unzureichende Reaktionsfähigkeit auf die vielbeschworene Globalisierung. Parteien werden danach beurteilt, ob sie sexy und schnell sind, ob ihre Führung telegen ist. In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren Personen und Events. Für die Probleme ihrer Bodenhaftung

ist in der öffentlichen Arena kaum Platz; bestenfalls als Erklärung für Krisen.

Wie sehen nun die Einzelbefunde aus? Die FDP wird als die modernste und zugleich perspektivloseste aller Parteien bewertet: „Augenfälliger als alle anderen Parteien verkörpert sie die Heimatlosigkeit der Politik.“). Durch ihre primäre Orientierung an Modernisierung und Beschleunigung verhindere sie den Aufbau einer neuen liberalen Lebenswelt und zerstöre so gleichsam die Bedingungen zukünftiger Stabilität. Ähnlich problematisch betrachten die Autoren die Grünen, die sie als die zweite liberale Partei verstehen. Sie seien noch weniger als die FDP darauf vorbereitet, die Spannung zwischen Kern- und Wechselwählern konstruktiv zu gestalten, um sich zu einer Partei mit „geerdeter Loyalität“ zu entwickeln. Als Honoratioren- und Fraktionspartei, die sich primär auf eine Generation stütze, verfüge sie unter allen deutschen Parteien über die schwächste Organisationsbasis. Den Negativszenarien von FDP und Grünen steht eine positive Bilanz bei CSU und PDS gegenüber. Denn diese seien bislang am besten in der Lage, den Spagat zwischen Tradition und Moderne zu bewältigen. Während sich die PDS als parteipolitischer Arm des Ostens präsentiere, agiere die CSU als Erfinderin bayrischer Identität. Beide Regionalparteien gelinge es in außerordentlicher Weise, divergierende Interessen zu einem identifizierbaren Parteiprojekt zusammenzuführen. Auch wenn deren Substanz nicht unerschöpflich sei, so könne davon ausgegangen werden, dass beide Parteien noch eine Weile davon zehren.

Anders klingen die Urteile über die beiden großen Volksparteien: Der Traditionsverein SPD tat sich in den vergangenen Jahren am schwersten im Umgang mit den gesellschaftlichen Veränderungen. Dazu beigetragen habe die Verengung der Parteielite auf eine Generation und die extreme Heterogenität der Wählerschaft, ohne über hinreichende Bindemittel zwischen den Gruppen zu verfügen. Daraus resultierte eine ausgesprochene Campagnenunfähigkeit. Mit der von ihnen identifizierten Gruppe der „aktiven Realisten“, „die die alten Pflichtwerte wie Disziplin, Verlässlichkeit und Fleiß mit den neuen Selbstentfaltungs- und Partizipationswerten kombinieren und deren Wertehaushalt selbst in Krisenzeiten als wetterfest gilt“, verbinden die Autoren die Hoffnung, dass die SPD ihre Immobilität der letzten Jahre überwinde.

Sie könnten dazu beitragen, Politik in langen Prozessen zu denken, um eine Modernisierung mit Bodenhaftung zu ermöglichen, wie sie weiland Erich Ollenhauer in Gestalt des Godesberger Programms vorangetrieben hat. Im Vergleich zur SPD war die CDU bislang noch bunter; gleichwohl war sie in der Vergangenheit viel erfolgreicher. Mit ihrem Rückgriff auf vormoderne Traditionen fiel es ihr einfacher, konträren Interessenlagen und Milieus eine „Heimat“ zu bieten. Doch mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz und mit der tiefen Krise des institutionellen Christentums gehen auch durch die CDU derart umfassende soziale und kulturelle Risse, dass die bisherige Integrationsleistung nicht mehr als selbstverständlich unterstellt werden könne. So brauche man kein Prophet zu sein, um der CDU eine vielstimmigere, zerklüftete Zukunft vorherzusagen; die Frage nach ihrem inneren Zusammenhalt werde nicht mehr nur in tiefen Krisenstunden auf der Tagesordnung stehen.

Die Studie von Walter/Dürr enthält keine fixen Antworten oder gar Rezepte für die Zukunft der Parteien. Sie ist, wenn man dies einmal so apodiktisch sagen darf, für die kurz- und

mittelfristige Prognose der weiteren Entwicklung des deutschen Parteiensystems wenig hilfreich. Vielleicht wird die in diesem Buch einmal mehr totgesagte FDP bald wieder fröhliche Urstände feiern; vielleicht wird die von den Autoren so gelobte PDS bald derart geschwächt sein, dass sie weniger an die CSU als an den Süd-Schleswigschen Wählerbund erinnert. Doch diese Politikprognosen treffen nicht das Anliegen der Autoren. Deren Streitschrift will etwas anderes: Ihr geht es um einen Beitrag zur dramatischen Frage, ob es zu einer weiteren Amerikanisierung des deutschen Parteiensystems via Telepolitik und Enttraditionalisierung kommt oder ob die deutschen Parteilite einen neuen Kompromiss zwischen Stamm- und Wechselwähler, zwischen Gremien- und Telepolitik, zwischen Ortsverein und Event zwischen Tradition und Moderne entwickeln kann. Walter/Dürr sind dabei durchaus optimistisch, dass es jenseits der großen Projekte hinreichend Substanz und Gestaltungsraum gibt, um die Bodenhaftung der Parteien zu erneuern.

*Wolfgang Schroeder,
Frankfurt/Main*